

Eckpunkte des Nachtragshaushalt 2017:

Erhöhung der Einstellungszahlen für Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter um 300 auf 2.300 sowie 30 zusätzliche Stellen zur Durchführung der Ausbildung	+1,5 Mio. EUR
Maßnahmenpaket Polizeiausstattung	+3 Mio. EUR
118 zusätzliche Stellen zur Terrorbekämpfung (insbesondere beim Verfassungsschutz)	+1,2 Mio. EUR
Finanzielle Abgeltung von seit Jahren aufgelaufenen Überstunden im Bereich der Polizei	+10 Mio. EUR
Finanzielle Abgeltung von seit Jahren aufgelaufenen Überstunden im Bereich des Justizvollzugs	+2 Mio. EUR
Entlastung der Kommunen beim Unterhaltsvorschuss	+45,3 Mio. EUR (Nettodarstellung: 101 Mio. EUR Mehrausgaben abzüglich 55,8 Mio. EUR Mehreinnahmen durch den Bund)
Beseitigung der unzureichenden Krankenhausinvestitionsförderung	+250 Mio. EUR
Beseitigung der Unterfinanzierung der Träger von Kindertageseinrichtungen durch ein Trägerrettungsprogramm	+500 Mio. EUR
Beseitigung der Unterfinanzierung der Weiter- und Familienbildung durch Aufhebung der 5-prozentigen Kürzung	+6 Mio. EUR
Rückgängigmachung des Buchungstricks der vorgezogenen Darlehensstilgung BLB	+885 Mio. EUR
Risikoabschirmung WestLB AG	Aufnahme einer eigenständigen Kreditermächtigung als Vorsorge für drohende Zahlungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung der WestLB AG
Saldierte sonstige Veränderungen	-19,5 Mio. EUR
= Mehrausgaben insgesamt	1.684,5 Mio. EUR

Zur Finanzierung stehen zur Verfügung:	
Steuermehreinnahmen	1.265 Mio. EUR
Minderausgaben bei den Personalausgaben	400 Mio. EUR
Minderausgaben im Asylkapitel (sinkende Flüchtlingszahlen)	80 Mio. EUR
Minderausgaben im Bereich der Justiz	25 Mio. EUR
Minderausgaben Zinsen	10 Mio. EUR
= Summe	1.780 Mio. EUR
Übersteigender Betrag	95,5 Mio. EUR
Reduzierung der bisherigen Nettoneuverschuldung	von rd. 1,62 Mrd. EUR um 95,5 Mio. EUR auf dann 1,52 Mrd. EUR